

RUNDSCHREIBEN 1972/3

62. Deutscher Bibliothekartag in Mannheim

Der Bibliothekartag wurde vom 23.—28. 5. in Mannheim programmgemäß durchgeführt. Die Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie wird im nächsten Heft ausführlich darüber berichten und die wichtigsten Referate veröffentlichen. Das vorliegende

Rundschreiben beschränkt sich daher auf die Berichte der Arbeitskreise, bringt Informationen über die Sitzungen des Vereinsausschusses des VDB und traditionsgemäß eine ausführliche Berichterstattung über die Mitgliederversammlung des VdDB.

Berichte der Arbeitskreise

Arbeitskreis für Benutzungs- und Leihverkehrsfragen
Teilnehmerzahl: 81

Die Besprechungspunkte des AKr waren in diesem Jahr vorwiegend vom Hauptthema des Bibliothekartages „Die Bibliothek als Betrieb“ bestimmt.

Zunächst habe ich verschiedene Betriebsregeln und Organisationsformen aus dem Benutzungsbereich der Bibliotheken erörtert und zur Diskussion gestellt. Diese unterschiedlichen Regeln und Formen für die an allen Bibliotheken gleichartigen Arbeiten betrafen im Bereich des Leihverkehrs der deutschen Bibliotheken die qualitative und quantitative Besetzung von Fernleihstellen, die Anforderungen an den Benutzer bei der Aufgabe von Fernleihbestellungen, die Leitwegbestimmung, die Möglichkeiten für eine stärkere Benutzung der Sondersammelgebietsbestände, die vorteilhafte Gestaltung von Bestellzetteln und Hinweise auf Beschaffungsmöglichkeiten von amerikanischen Dissertationen und sogenannter „Grauer“ Literatur. Über die Anwendung und Auswirkung des neuen Hochschulbibliotheksgebührengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen konnten erste Erfahrungen ausgetauscht werden. Das im Oktober des vorigen Jahres erlassene Gesetz gab Veranlassung, die Bibliotheksgebühren der einzelnen Bundesländer miteinander zu vergleichen. Eine Vereinheitlichung der ungleichen Gebührenregelungen sollte angestrebt werden. Wünschenswert wäre es, die Benutzungsgebühren allgemein abzuschaffen, jedoch wirksame Mahn- und Säumnisgebühren festzusetzen. Einige bei mir eingegangene schriftliche Anfragen wurden, da sie von allgemeinem Interesse waren, vor dem Arbeitskreis beantwortet. Sie betrafen u. a. Zeitungsbestellungen im Bibliotheken-Leihverkehr und die Sigelvergabe. Hingewiesen habe ich auch auf die in den letzten Monaten erschienenen für die Benutzung wichtigen Publikationen: die Schrift von Kluth über Bibliotheksbenutzung, die Arbeiten von Bock, Heidtmann, Neubauer und Schoch über Benutzerforschung und das ASpB-Merkblatt Leihverkehr. Mit allen Themen war eine aufschlußreiche und lebhaft diskutierte Diskussion verbunden.

Albert Frank, Düsseldorf

Arbeitskreis für Dokumentation

Teilnehmerzahl: 47

Der Arbeitskreis für Dokumentation befaßte sich mit dem Bereich der „aktiven Information“.

Einleitend berichtete Greiner, unter Hinweis auf Äußerungen von K. Steinbuch, C. F. v. Weizäcker und N. Wiener, über die Schwierigkeit der Definition des Informationsbegriffes. Dokumentarisch werde Information einmal als „Rohstoff“, zum anderen als Tätigkeit verstanden; bei letzterer sei die Unterscheidung zwischen „aktiver“ und „passiver“ Information üblich geworden. Greiner erläuterte beide Verfahren, bezeichnete den Ausdruck „passive Information“ als logisch anfechtbar und schlug statt dessen „reaktive Information“ vor.

Das Hauptreferat zum Thema „Bedeutung, Aufgaben und maschinelle Herstellung periodisch erscheinender Literaturinformationsdienste“ hielt S. Schrader (Reinbek): Neben den Methoden des „Information retrieval“ und des „SDI“ (Selective Dissemination of Information), die eine gezielte Auswahl relevanter Dokumente, auch auf maschinellem Wege, bezwecken, werden periodisch erscheinende Bibliographien und Referatezeitschriften auch künftig ihren besonderen Wert als Schnellinformation behalten. Sie bieten für kleinere und mittlere Fachbibliotheken und -dokumentationsstellen die Möglichkeit der laufenden Unterrichtung ihrer Benutzer, wo Datenbanken nicht vorhanden sind oder ihr Einsatz ökonomisch nicht vertretbar ist. Schrader stellte hier besonders „KWIC“ und „KWOC“ als automatische Methoden der Registerherstellung vor, berichtete über die neue Technik des computer-gesteuerten Fotosatzes und zeigte entsprechende Lichtbilder. Schließlich erläuterte er ein Verfahren der inhaltlichen Wertung periodischer Informationsdienste.

In der anschließenden Diskussion wurde u. a. der Wunsch geäußert, als Ergänzung zu diesem Vortrag einmal die großen Informationssysteme der BRD (z. B. für Luft- und Raumfahrt, Atomenergie, etc.) kennenzulernen. Herr Obering, Harth (VDI, Düsseldorf) erbot sich, für den Bibliothekartag 1973 geeignete Fachleute als Berichterstatter vorzuschlagen.

Götz Greiner, Hamburg

Arbeitskreis für Elektronische Datenverarbeitung

Teilnehmerzahl: 95

Thema: Kooperation durch Nutzung fremder Magnetbänder.

Es berichteten:

G. Pflug, UB Bochum.

Ausnutzung von Fremdbändern. Möglichkeiten und Probleme.

Übersicht über die existierenden Bänder (periodische und nichtperiodische); Möglichkeiten und Grenzen ihrer Nutzung für Bestellverfahren und Katalogisierung; Tendenzen zur Normung der Bänder zum Austausch bibliographischer Information; Erfahrungen an Bibliotheken mit der Verwendung derartiger Bänder.

G. Preuß, UB Regensburg.

Zusammenarbeit in EDV der Universitätsbibliotheken Augsburg und Regensburg.

Erfassungsschema, Datenorganisation, Katalogherstellung, Programme, Zukunftspläne.

E. Bonneß, UB Bielefeld.

Ausnutzung des Bestandes der Universitätsbibliothek Regensburg für Katalogisierung und Erwerbung in der Universitätsbibliothek Bielefeld.

Bereits eingesetzte Verfahren: off-line Bestellverfahren und Katalogisierung.

Geplante Verfahren: on-line Katalogisierung unter Einsatz eines Datensichtgerätes; integriertes Bibliothekssystem.

R. Bernhardt, ZMD Frankfurt.

Magnetbandformat der Deutschen Bibliographie.

Arbeitskreis für Institutsbibliothekare

Teilnehmerzahl: 40

Frau Ursula Ziebarth referierte über die Bibliothek des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, eine Tochtergründung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Ihre umfassende Schilderung des Aufbaus und der Struktur der Bibliothek und ihrer verwaltungstechnischen Einrichtungen ließ das Bild einer

modernen, zukunftsbewußten und außerordentlich benutzerfreundlichen Institution entstehen.

Herr Dr. Heine vom Kieler Institut für Weltwirtschaft gab im Anschluß an Frau Ziebarths Ausführungen einen eingehenden Überblick über die besonderen Relationen zwischen den beiden Bibliotheken, die zentrale Katalogisierung des Bestandes, die besondere Anschaffungs- politik etc.

Unmittelbar nach der auf das Referat bezüglichen Diskussion bat ich um Vorschläge für eine Nachfolge in der Leitung des Arbeitskreises. Von den anwesenden Mitgliedern fand sich jedoch niemand bereit, das freierwerbende Amt zu übernehmen.

Johanna Rischaneck

Arbeitskreis für Titelaufnahme

Teilnehmerzahl: 138

Der Arbeitskreis für Titelaufnahme befaßte sich dieses Jahr mit dem Thema „Der Authority Catalog, ein Hilfsmittel für die Katalogisierung“. In einem einleitenden Referat wurde der Begriff „Authority File - Authority Catalog“ geklärt und die verschiedenen für den alphabetischen Katalog in Frage kommenden Arten des Authority File (Name Authority File, Authority File for Corporative Authors, Authority File for Anonymous Classics) mit Beispielmaterial behandelt und praktische Anleitungen für die Anlage eines Authority File gegeben. Anschließend berichtete Frau Bouvier von der Deutschen Bibliothek in Frankfurt über Vorarbeiten seitens der Deutschen Bibliothek für die Veröffentlichung von Ansetzungslisten vor allem im Hinblick auf die Einführung des neuen Regelwerkes für die alphabetische Katalogisierung. Alle Teilnehmer waren sich einig, daß dies ein äußerst erstrebenswertes und unterstützungswürdiges Unternehmen ist, das wesentlich zur Rationalisierung der Arbeit bei der alphabetischen Katalogisierung beitragen wird.

Die große Zahl der Anwesenden beweist wohl, daß die seit dem Vorjahr geübte Form, den Arbeitskreis mit einem im voraus bestimmten Thema zu befassen, in Kollegenkreisen Anklang und Zustimmung gefunden hat.

Ingeborg Sobottke

Aus den Sitzungen des Vereinsausschusses des VDB am 23. und 26. 5. 1972 in Mannheim

Institutionalisierung der Sacharbeit

Die Arbeitsgemeinschaft der Hochschulbibliotheken hat mit großer Mehrheit am 7. 3. 1972 gegen die Empfehlung des Vereinsausschusses vom 21. 1. 1972, zur Gründung eines Sachverbandes zu schreiten, gestimmt, da von seiten der KMK erhebliche Bedenken dagegen bestehen. Nach Meinung der Baden-Württembergischen Regierung z. B. sei die einzelne Bibliothek nicht in der Lage, Mitglied eines solchen Sachverbandes zu sein. Es wird als bedauerlich herausgestellt von seiten des VDB, daß für die Kommissionsarbeit nur 1.400 DM im Jahr ausgegeben wurden, an die Vergabe von Stipendien, Forschungsaufträgen usw. sei bei den spärlichen Mitteln eines Personalverbandes nicht zu denken. Ob zwischen der Amtschefkonferenz und dem Hochschulausschuß der KMK Differenzen bezüglich der Gründung eines Unterausschusses des Hochschulausschusses für das Wissenschaftliche Bibliothekswesen bestehen, konnte nicht sicher ermittelt werden; die Amtschefkonferenz wollte sich bei der Sitzung am 29. 6. 1972 mit dem Berliner Vorschlag der Gründung eines Zentralinstituts für Bibliothekswesen befassen. Es wurde vorgeschlagen, eine Resolution zu erarbeiten und diese

der Mitgliederversammlung des VDB vorzulegen, die die verschiedenen an bibliothekarischer Sacharbeit interessierten Gremien innerhalb der Ministerien von Bund und Ländern auffordern soll, mit dem VDB in Verhandlungen wegen der Gründung eines Sachverbandes oder einer entsprechenden Institution zu treten und ihm verbindliche und kompetente Gesprächspartner gegenüberzustellen. Es wurde die Meinung geäußert, daß einerseits der VDB die Sacharbeit nicht in ausreichendem Maße finanzieren kann, andererseits das Gewicht des Vereins auch nicht durch Ausklammerung der Sachaufgaben zu sehr verringert werden darf. Da mit einem Sachverband auch Bibliothekspolitik gemacht wird, ist es verständlich, daß die interessierten Behörden darauf Einfluß nehmen. Als Gesprächsführer des VDB wurden vom Vorstand des VDB die Herren Schmidt-Künsemüller und Havekost, Herr Kehr als Vertreter der Hochschulbibliotheken, Herr Geh als Vertreter der Landesbibliotheken und Herr Köster als Vertreter der Bundesbibliotheken einstimmig gebilligt. Die während der Sitzung verfaßte Resolution wurde vom Vereinsausschuß angenommen und nach geringen redaktionellen Änderungen von der Mitgliederversammlung verabschiedet. Sie hat folgenden Wortlaut:

Resolution der Mitgliederversammlung des Vereins Deutscher Bibliothekare

An

1. die Kultusminister der Länder
2. den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
3. den Bundesminister des Innern
4. den Präsidenten der Kultusministerkonferenz
5. den Vorsitzenden der Amtschefkonferenz der KMK
6. den Hochschulausschuß der KMK
7. den Ausschuß für Kunst und Erwachsenenbildung der KMK
8. den Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz
9. den Deutschen Städtetag

Der Verein Deutscher Bibliothekare hat seit Jahrzehnten bibliothekarische Sacharbeit für das deutsche Bibliothekswesen geleistet und sie teilweise mit den Beiträgen seiner Mitglieder finanziert. Er sieht sich außerstande, diese Arbeit den Sacherfordernissen entsprechend weiterzuführen. Er hat seit vielen Jahren erfolglos versucht, sie außerhalb des Vereins zu institutionalisieren und auf die erforderliche breitere Basis zu stellen. Die steigenden Anforderungen in der Literatur- und Informationsversorgung und die notwendige Koordination der bibliothekarischen Planung machen eine solche Institutionalisierung unerlässlich.

Die Mitglieder des Vereins Deutscher Bibliothekare fordern deshalb, daß nunmehr unverzüglich eine Arbeitsgruppe aus Fachbibliothekaren einerseits und Vertretern der Kultusminister der Länder, des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und des Bundesministers des Innern andererseits zusammentritt, um zunächst zu prüfen, durch welche Institution diese bibliothekarische Sach- und Planungsarbeit intensiviert und koordiniert werden kann, und um sodann die erforderlichen gemeinsamen Vorschläge zu erarbeiten.

Mannheim, am 25. Mai 1972.

Die Mitgliederversammlung
des Vereins Deutscher Bibliothekare

Inzwischen wurden Vertreter des VDB zur Frage der Institutionalisierung der Sacharbeit von Vertretern der Amtschefkonferenz angehört.

Es ergab sich bei dem mehr informativen Gespräch, daß die erforderliche Struktur der Zusammenarbeit seitens der Amtschefkonferenz so gesehen wurde, daß auf der einen Seite die Unterhaltsträger und die Verbände des Bibliothekswesens in einem Kuratorium, auf der anderen Seite die Träger der bibliothekarischen Arbeit wie ABT, Kommissionen des VDB, Arbeitsstelle für das Büchereiwesen, Bibliothekswissenschaftliche Institute stünden. Auch die ABT, evtl. in Verbindung mit der Arbeitsstelle für das Büchereiwesen, könnte einen ersten Ansatzpunkt für die Sacharbeit geben. Der Unterausschuß des Hochschulausschusses wurde von seiten des VDB zwar nicht abgelehnt, aber besonders im Hinblick auf die bundeszugehörigen Bibliotheken als unzureichend angesehen. Ein selbständiger Ausschuß bei der KMK könne auch nur als vorläufige Lösung betrachtet werden. Sollte eine Zusammenarbeit mit den öffentlichen Bibliotheken angestrebt werden, müßte dabei ein eigener Zweig für Wissenschaftliche Bibliotheken eingerichtet werden. Die Sacharbeit müsse bald und unabhängig von der vollen Arbeitsfähigkeit eines Institutes in Angriff genommen werden.

Stipendium der Stiftung Volkswagenwerk für Naturwissenschaftler

Die von der Stiftung Volkswagenwerk für die bibliothekarische Ausbildung von Naturwissenschaftlern zur Verfügung gestellten Mittel sind nahezu aufgebraucht und werden sehr wahrscheinlich nicht mehr erneuert werden. Es erheben sich gegen eine Unterstützung nur von Naturwissenschaftlern und Technikern im bibliothekarischen Vorbereitungsdienst auch Bedenken, da sich z. B. an der Bayer. Staatsbibliothek nur Naturwissenschaftler für den Bibliotheksdienst beworben haben und auch in der Presse verschiedentlich von stellungsuchenden Naturwissenschaftlern die Rede ist.

Einem Schreiben der VW-Stiftung ist zu entnehmen, daß generelle Förderungen von „Naturwissenschaftlern“ auch im Schulsektor nicht mehr durchgeführt werden können, da dafür nicht genügend Geldmittel vorhanden sind; allenfalls können gezielte definierte Förderungsprogramme von der VW-Stiftung unterstützt werden. Es müßte daher bei den einzelnen Bibliotheken ermittelt werden, ob solche gezielte Programme durchführbar sind. Brennpunkt des ungedeckten Bedarfs ist weiterhin der ingenieurwissenschaftliche Bereich, aber auch Medizin und möglicherweise Mathematik, Physik und Chemie. Aber auch im Sektor Pädagogik werden dringend bibliothekarische Fachleute benötigt. Es wird daher angeregt, vom VDB einen Fragebogen an die Universitätsbibliotheken und die Staatsbibliotheken zu versenden, wobei auch die geplanten Neugründungen berücksichtigt werden sollen.

Zusammenarbeit mit dem VdDB auf der Ebene der Landesverbände

Der Vereinsausschuß nahm folgende Empfehlung einstimmig an:

„Den Regionalverbänden des VDB und VdDB wird empfohlen, in gemeinsam interessierenden Angelegenheiten gemeinsame Sitzungen abzuhalten.“

Empfehlungen der KMK zum öffentlichen Büchereiwesen

Der Vorsitzende des VdDB stellte fest, daß in diesen Empfehlungen das Wissenschaftliche Bibliothekswesen zu stiefmütterlich behandelt werde. Demgegenüber wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der „Leihverkehr der Büchereien“ den „Deutschen Leihverkehr“ der Wissenschaftlichen Bibliotheken und damit die Wissenschaftlichen Bibliotheken selbst entlaste. Eine gründliche Diskussion der hier angeschnittenen Fragen wird in Zusammenhang mit dem Bibliotheksplan II erwartet.

Satzungsentwurf für Regionalverbände des VDB

In Niedersachsen, Bremen und Hessen sind Regionalverbände gegründet worden, die ihre Satzungen der Mustersatzung — von der Rechtskommission der Mitgliederversammlung vorgelegt — angepaßt haben. Bayern und Baden-Württemberg bringen als bereits bestehende unabhängige Regionalverbände erhebliche Bedenken gegen die Mustersatzung vor. Der Vorsitzende des Baden-Württembergischen Verbandes, Herr Wiegand, stellte auf der Mitgliederversammlung am 25. 5. 1972 in Mannheim heraus, daß u. a. geklärt sein müsse, daß die einzelnen Regionalverbände Mitglied in Interessenverbänden sein könnten, daß die Frage der Beiträge gelöst werden sollte, und daß die Regionalverbände ausschließlich berufsständische Aufgaben und Interessen vertreten sollten.

Auf der Mitgliederversammlung fand die Mustersatzung auch als Empfehlung keine Mehrheit. Die Mitgliederversammlung empfahl, daß Vorstand und Vereinsausschuß des VDB zusammen mit den Spitzen der Landesverbände, auch der nicht dem VDB angehörenden, die Fragen abklären und möglichst für die nächste Mitgliederversammlung eine Vorlage schaffen.

Stellung der Bibliothekare im Hochschulrahmengesetz
Die Gliederung der Hochschulmitglieder ist durch Landesrecht geregelt, sie fällt deshalb sehr unterschiedlich aus oder ist bei den Wissenschaftlichen Bibliothekaren des Höheren Dienstes nicht eigens geregelt. Auf Vorschlag der Berufskommission soll nach Beschluß der Mitgliederversammlung der Vorstand des VDB darauf dringen, daß in den Rahmenentwurf des Hochschulrahmengesetzes eingearbeitet wird: die Bibliotheken müßten in § 25 als wichtigste Zentraleinrichtung eigens genannt werden; die Wissenschaftlichen Bibliothekare müßten in einem eigenen Paragraphen aufgeführt werden; die Formulierung „Abgeschlossenes Hochschulstudium“ genüge nicht, es müßte auch die bibliothekarische Ausbildung hervorgehoben werden. Es wurde die Gründung einer Ad-hoc-Kommission beschlossen, die

sich aus Vertretern der Berufskommission, der Rechtskommission und der Arbeitsgemeinschaft der Hochschulbibliotheken zusammensetzen und vom Vereinsausschuß benannt werden soll.

Bibliotheksplan II

Der Bibliotheksplan II soll auf dem Hamburger Bibliothekartag 1973 in feierlicher Form (möglichst dem Bundespräsidenten) überreicht werden. Im Vereinsausschuß wurde ausgesprochen, daß zur breiten Meinungsbildung Stellungnahmen von Mitgliedern des VDB sehr erwünscht sind. Auch die Studienkommission, die von der Deutschen Bibliothekskonferenz zur Erarbeitung des Entwurfs des Bibliotheksplans II eingesetzt wurde, hat zur fachlichen Diskussion und Kritik aufgerufen. Der Entwurf des Bibliotheksplans II wurde in Mannheim mit den Tagungsunterlagen verteilt. Wer diesen Entwurf nicht in Händen hat, kann ihn bei der Arbeitsstelle für Büchereiwesen in 1 Berlin 61, Gitschiner Straße 97—103 anfordern. Die Stellungnahmen werden bis 1. 11. 1972 an den Vorstand des VDB oder an die Studienkommission (Schmidt-Künsemüller) erbeten.

Mitgliederversammlung des VdDB

Die 23. Mitgliederversammlung fand am 25. Mai 1972 in der Aula der Universität Mannheim statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 14,45 Uhr mit der Begrüßung von 202 Mitgliedern und einigen Gästen, darunter als Vertreter der österreichischen Diplombibliothekare Herr Sagl.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder:

Dorothea Andresen, Kiel
Elfriede Dietzschold, Mainz
Tilla Eberhardt, Marburg
Käthe Eggers, Hamburg
Maria Geibel, Frankfurt/M.
Hugo Kaller, Karlsruhe
Georg Kluge, Hamburg
Gert Krausp, Düsseldorf
Dr. Rudolf Krauß, Bremen
Charlotte Lisch, Marburg
Helene Neurer, Frankfurt/M.
Helga Möhring, Karlsruhe
Gisela Niebuhr, Trier
Thekla Regensburger, Hamburg.

Die Tagesordnung lautete:

1. Jahresbericht
2. Kassenbericht 1971 und Haushaltsvoranschlag 1972
3. Wahlen
4. Neue Satzung
5. Neufestsetzung der Mitgliedsbeiträge
6. Angestellten- und Beamtenprobleme
7. Ausbildungsfragen
8. Anträge
9. Verschiedenes

Zu 1. In seinem Jahresbericht führte der Vorsitzende aus:

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nachdem wir Sie in fünf Rundschreiben mit insgesamt 34 Seiten bereits laufend über unsere Arbeit unterrichtet haben und da wir heute noch ein großes Programm erledigen müssen, erspare ich mir einen ausführlicheren Jahresbericht und möchte Ihnen nur einen kurzen

Überblick über die Ereignisse im Vereinsleben und über die Arbeit des Vorstandes und der Kommissionen geben.

Laut unserer Mitgliederkartei gehören unserem Verein zur Zeit 1638 Mitglieder an. Im verflossenen Jahr sind 108 Mitglieder neu eingetreten, 41 sind ausgeschieden, davon 14 durch Tod. Leider sind eine Anzahl von Mitgliedern unbekannt verzogen und daher für uns nicht erreichbar, eine Reihe von Mitgliedern haben trotz mehrmaliger Aufforderung ihre Beiträge nicht bezahlt. Vorstand und Beirat werden in ihrer nächsten Sitzung daher den Ausschluß dieser Mitglieder aussprechen müssen.

Die von der 22. Mitgliederversammlung beschlossene Resolution an das Bundesinnenministerium wegen Aufnahme von Tarifverhandlungen, wurde am 7. 6. 1971 abgesandt. Die ausweichende Antwort des Ministeriums haben wir Ihnen im Rundschreiben 1971/2 zusammen mit der Antwort auf unseren Brief vom 21. 4. 1971 mitgeteilt. Nachdem der Bundesinnenminister in anderem Zusammenhang erklärt hatte, in Tariffragen nicht mit Berufsverbänden sondern nur mit den Tarifpartnern, d. h. den Gewerkschaften verhandeln zu wollen, galt es, diesen unsere Vorstellungen über die Tarifgestaltung bekanntzumachen und zu versuchen, die Entwürfe der Tarifkommission von DAG und ÖTV weitgehend zu harmonisieren. Ebenso haben wir den Sachverständigen des Bundesministeriums des Innern unsere grundsätzlichen Überlegungen und den letzten Entwurf der Tätigkeitsmerkmale zugeleitet und mitgeteilt, daß wir bereit sind, in einer Aussprache unsere Standpunkte zu erläutern.

Leider hat aber das Bundesinnenministerium die Beratungen seiner Unterkommission zur Erarbeitung von Tätigkeitsmerkmalen für Angestellte im Bibliotheksdienst und die eigentlichen Verhandlungen mit den Gewerkschaften auf unbestimmte Zeit vertagt, weil die Entwicklung im Öffentlichen Dienst es im Augenblick nicht gestatte, sich Spezialproblemen zuzuwenden. Proteste der Gewerkschaften gegen diese Verschiebung der Termine blieben ohne Erfolg. Wir bedauern, dieses „Auf-der-Stelle-Treten“ insbesondere wegen unserer

älteren Mitglieder, sehen aber leider keine Möglichkeit, irgendwie wirksame Schritte von uns aus dagegen zu unternehmen. Wir haben nur die Gewißheit, daß unsere Kommission für Besoldungs- und Tariffragen mit der neuesten Fassung der Tätigkeitsmerkmale eine sachkundig fundierte Basis für die Verhandlungen geliefert hat. Dafür möchte ich an dieser Stelle den Kollegen der Kommission, insbesondere ihrem Vorsitzenden, Herrn Siegfried Mursch, besonders herzlich danken.

Um bei den Verhandlungen auch konkrete Zahlen vorlegen zu können, versandten wir mit dem Rundschreiben 1971/2 an 530 Mitglieder, die in unserer Kartei als Angestellte verzeichnet waren, einen Fragebogen. Im Dezember 1971 erinnerten wir mit besonderem Schreiben diejenigen Kollegen, die den Fragebogen nicht zurückgesandt hatten, an unsere Bitte. Das Ergebnis entsprach nicht unserer Erwartung: Nur 354 Fragebögen, also knapp 66% kamen zurück. Davon bejahten 235 die Frage, ob sie noch im Angestelltenverhältnis stehen. Bei der Frage nach der erreichten Tarifgruppe gaben 60% IVb und 10,6% IVa an. Die Gruppe IVa haben 11 Kollegen aufgrund der Vorabregelung und 15 durch Leistungsaufstieg erreicht. Daraus können wir den Schluß ziehen, daß ein Aufsteigen in eine höhere Gruppe mit einer entsprechenden Begründung durch die vorgesetzte Stelle durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Eine weitere Auswertung der Fragebögen unterblieb bisher, da der Aussagewert infolge der zu geringen Anzahl der Antworten doch nicht repräsentativ genug ist und dadurch in keinem Verhältnis zur aufzuwendenden Zeit steht. Einigen Kollegen, die nach ihren Angaben eindeutig unter Tarif eingestuft sind, werden wir noch persönlich antworten.

In der Frage des Stellenschlüssels für die im Beamtenverhältnis stehenden Kollegen haben wir an der Zusammenstellung des Zahlenmaterials für den in DFW veröffentlichten Aufsatz von Herrn Vollers mitgearbeitet. Unser besonderer Dank gilt dafür dem Kollegen Schuster. Vorstöße zur entsprechenden Anwendung des Stellenschlüssels für Diplombibliothekare in den Ländern betrachten wir zunächst als Aufgabe der einzelnen Beiratsmitglieder. Die Kommission ist aber bereit, bei der Bearbeitung entsprechender Anträge mitzuarbeiten. Der Vereinsvorstand wird sich erst einschalten, wenn die betreffende Landesgruppe es wünscht.

Vor ein besonderes Problem sahen wir uns gestellt, als einige Kolleginnen sich wegen der Anerkennung der Praktikantenzeit als Ausfallzeit bei der Festsetzung der Rente aus der Angestelltenversicherung an uns wandten. Nach sorgfältiger Prüfung und mehreren Besprechungen mit einem Spezialisten haben wir eine Stellungnahme zu dieser Frage im letzten Rundschreiben veröffentlicht. Eine Kollegin, der wir bereits im Januar eine vorläufige Antwort gegeben hatten, teilte uns Anfang dieses Monats mit, sie habe unter Verwendung der von uns gelieferten Argumente eine Anerkennung der Praktikantenzeit durchgesetzt.

In der Ausbildungsfrage haben wir die von der 22. Mitgliederversammlung geforderte Stellungnahme der Ausbildungskommission zum Stoltzenburgschen Ausbildungsmodell im Rundschreiben 1971/4 bekanntgegeben. Im gleichen Rundschreiben haben wir nach nochmaliger Beratung durch die Ausbildungskommission und die Vorstands- und Beiratssitzung unseren Brief an den Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister veröffentlicht. Wir baten darin um Erlaß einer Rahmenvereinbarung für die Ausbildung der Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken, die

unsere drei Forderungen: Uneingeschränkte Hochschulreife als Zulassungsvoraussetzung, dreijährige Ausbildung und Hochschulniveau als Richtlinie setzt. Unseren Standpunkt zu dem Reformplan für die Ausbildung unseres Dienstes in Baden-Württemberg hat im Auftrag der Kommission für Ausbildungs- und Berufsfragen Kollege Popst präzisiert. Leider hat die Direktorenkonferenz aber diesen Reformvorschlag gebilligt und an das Kultusministerium weitergeleitet. Da es sich hier zunächst um eine reine Landesangelegenheit handelt, hat der Vorstand von sich aus noch keine Schritte unternommen; er wird erst eingreifen, wenn die Kollegen des Landes Baden-Württemberg es für notwendig halten. Dagegen hat sich der Vorstand in einem von dem Kommissionsvorsitzenden, Herrn Michelsen, entworfenen Schreiben an das Hochschulamt Hamburg gewandt und die Beibehaltung der Hochschulreife als Voraussetzung für die bibliothekarische Ausbildung gefordert.

Die von der Mitgliederversammlung 1971 geforderte Neufassung der Satzungen wurde nach langen schriftlichen Vorverhandlungen am 30. Oktober 1971 von der Gruppe Satzungsänderung unter Leitung von Frau Sobottke erarbeitet. Der Entwurf wurde zunächst den Beiratsmitgliedern zur Begutachtung übergeben und nach Einarbeitung von Änderungsvorschlägen an alle Mitglieder verschickt. Er soll in der heutigen Mitgliederversammlung nochmals zur Debatte gestellt und, wenn möglich, verabschiedet werden.

Den Auftrag der Mitgliederversammlung zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem VDB haben wir weitgehend verwirklicht. Am 4. Juni 1971 in Köln hat Dr. Lohse als Vertreter des VDB an unserer Vorstands- und Beiratssitzung teilgenommen; ich vertrat unseren Verein in der Vereinsausschußsitzung des VDB. Der Vorsitzende des VDB, Herr Dr. Pauer, war bei unserer Vorstands- und Beiratssitzung am 27. November 1971 in Würzburg anwesend, während ich an den Vereinsausschußsitzungen des VDB am 8. 10. 1971 in Frankfurt und am 21. 1. 1972 in Mannheim teilgenommen habe. Beide Vereinsgremien haben als weitere Schritte der Zusammenarbeit beschlossen:

1. Die Herausgabe eines gemeinsamen Rundschreibens.
2. Während des Bibliothekartages eine gemeinsame Sitzung des Vereinsausschusses und des Vorstandes und Beirates und
3. eine enge Zusammenarbeit der Pressereferenten beider Vereine.

Unsere Mitarbeit bei der Gestaltung des diesjährigen Bibliothekartages war leider gering. Wir steuern lediglich die Durchführung unserer bereits zur Tradition gewordenen fünf Arbeitskreise bei.

Auch im verflossenen Jahr habe ich als Vereinsvorsitzender an den Sitzungen der Deutschen Bibliothekskonferenz am 4. 10. und 16. 12. 1971 in Bochum, sowie am 10. 4. 1972 in Regensburg teilgenommen. Hauptberatungspunkte der Sitzungen waren die Vorbereitung des Bibliothekskongresses 1972 in Hamburg, der von den fünf bibliothekarischen Verbänden als Gemeinschaftsveranstaltung durchgeführt werden soll, die Errichtung eines Instituts für Bibliothekswissenschaft, die Einrichtung einer Pressestelle der Bibliothekskonferenz und die Zusammenarbeit der deutschen bibliothekarischen Verbände mit der IFLA. An einem Diskussionsseminar des Bundesjustizministeriums über den Plan zur Errichtung eines umfassenden juristischen Informationssystems nahm, da wir keinen geeigneten Vertreter benennen konnten, auf meine Bitte hin Herr

Vogt München, auch als Vertreter unseres Vereines teil. Bei der IFLA-Tagung in Liverpool vertraten unseren Verein Frau Blüthner, Mainz und ich. Es gelang uns, Kontakte zu englischen Bibliothekaren aufzunehmen, um so bei Vorliegen von Austauschwünschen unmittelbare Gesprächspartner zu haben.

Die Personalveränderung im Vorstand, die durch den Tod Herrn Kallers bedingt war, habe ich im Rundschreiben 1971/3 mitgeteilt. Der Restvorstand hat Frau Sobottke, Bochum, zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Aus der Kommission für Ausbildungs- und Berufsfragen war im Vorjahr Herr Kayser, Hamburg, ausgeschieden. Im November 1971 hat Frau Tiedemann wegen ihrer angegriffenen Gesundheit den Vorsitz und auch gleichzeitig ihre Mitgliedschaft in der Kommission niedergelegt. Die restlichen Kommissionsmitglieder haben daraufhin zum neuen Vorsitzenden der Kommission Herrn Friedrich-Wilhelm Michelsen gewählt. Vorbehaltlich der Zustimmung der Mitgliederversammlung haben wir zwei neue Mitglieder in die Kommission berufen: Frau Kochinke, Berlin und Frau Nafzger, Frankfurt am Main und hoffen somit die Arbeitsfähigkeit der Kommission wieder hergestellt zu haben. Auch in die Kommission für Besoldungs- und Tariffragen wurde ein weiteres Mitglied berufen: Herr Theme, Bochum, der auch gleichzeitig der kleinen Tarif- und Besoldungskommission der Abteilung Wissenschaft und Forschung der ÖTV angehört. Wir haben damit zwar dem Beschluß der 20. Mitgliederversammlung entgegen gehandelt, nachdem jede Kommission nur 4 Mitglieder umfassen soll, halten aber eine flexiblere Personalstärke der Kommissionen, wenn wir Arbeitsergebnisse von ihnen erwarten, für unbedingt erforderlich.

Bevor ich meinen 2. und letzten Jahresbericht beende, möchte ich mich bei allen bedanken, die mitgeholfen haben, daß die Arbeit bewältigt werden konnte: Den Mitgliedern des Vorstandes, des Beirates und der Kommissionen, vor allem aber unserer 70-jährigen Kollegin Luschka in München, die bei allen Versendeaktionen der jeweils 1 600 Drucksachen viele Tage und Stunden freiwillig mitgeholfen hat. Ich hoffe, daß wir mit der Arbeit der beiden vergangenen Jahre das Werk unserer Vorgänger weitergeführt und dem neuen Vorstand Wege für die Fortführung der Arbeit bereitet haben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Zu 2. Nachdem die Kassenwartin, Frau Schaumaier, München, krankheitshalber nicht anwesend sein konnte, verlas der Vorsitzende den Kassenbericht 1971. Aufgrund der Preissteigerungen wurde der Haushaltsvoranschlag bei den Punkten Reisekosten, Druckkosten, Geschäftszimmerbedarf und Portokosten überschritten. Der Gesamthaushalt blieb zwar unter dem Voranschlag, nachdem die Ansätze bei anderen Posten aus verschiedensten Gründen nicht aufgebraucht wurden; die Gesamtausgaben waren aber höher als die Einnahmen. Zur Deckung dieses im Haushaltsplan bereits vorausgesehenen „Defizits“ mußte die Rücklage herangezogen werden, die sich dadurch um 4 271 DM auf 6 850 DM verringerte. Da sich im laufenden Rechnungsjahr — bei weiter steigenden Ausgaben — dieser Vorgang wiederholen dürfte, besteht die Gefahr, daß zu Beginn des nächsten Jahres die Vereinsführung ohne Betriebsmittel dasteht. Herr Popst, München, dem zusammen mit Frau Bülow, München, die Kassenprüfung übertragen war, verlas den Prüfbericht:

„Die Haushaltsführung des VdDB für das Jahr 1971 wurde durch die von der Mitgliederversammlung 1970

in Augsburg bestimmten Kassenprüfer Isolde Bülow und Hans Popst geprüft.

Die Eintragungen im Kassenbuch wurden stichprobenartig mit den Belegen über Einnahmen und Ausgaben verglichen, die Aufrechnung der einzelnen Spalten wurde durchgehend nachgerechnet und richtiggestellt. Die Einnahmen einschließlich der durchlaufenden Gelder wurden mit DM 44 217,— und die Ausgaben einschließlich der durchlaufenden Gelder mit DM 48 488,32 festgestellt und überprüft, so daß sich für das Rechnungsjahr 1971 ein Defizit von DM 4 271,32 ergab. Das Vermögen des Vereins ist also von DM 11 121,88 am 1. 1. 1971 auf DM 6 850,56 am 31. 12. 1971 geschrumpft.

Zu beachten ist dabei aber, daß der Haushaltsvoranschlag schon davon ausging, das vorhandene Vermögen weitgehend aufzubrauchen. Solch ein Haushaltsgebaren kann bei weiter steigenden Ausgaben und nicht in gleichen Ausmaß steigenden Einnahmen höchstens noch dieses und vielleicht noch nächstes Jahr durchgehalten werden; dann wären sämtliche Reserven aufgebraucht.

Bedauerlicherweise wurde die von den Kassenprüfern bereits im Vorjahr gegebene Anregung, das Kassenbuch mit monatlichen Zwischenabschlüssen zu führen, nicht aufgegriffen. Die dadurch notwendigen langwierigen Rechenarbeiten veranlassen die Kassenprüfer, erneut und mit Nachdruck eine übersichtlichere Führung des Kassenbuches zu fordern. Auch der Vorstand hätte dadurch jederzeit einen besseren Überblick über die jeweilige Vermögenslage“.

Herr Straßner, Konstanz, beantragte aufgrund dieses Berichtes die Entlastung des Vorstandes, die bei 7 Enthaltungen erteilt wurde. Der Haushaltsvoranschlag 1972 mit einem Volumen von 30 875 DM wurde mit 14 Stimmenthaltungen angenommen.

Zu 3. In den Bundesländern haben zu Beginn des Jahres 1972 Beiratswahlen stattgefunden. Die neuen Mitglieder des Beirates, deren Amtszeit am 1. Juli 1972 beginnt, stellten sich der Versammlung vor:

Claus Straßner, UB Konstanz für Baden-Württemberg
Klaus Schultz, SB München für Bayern
Gisela Kochinke, SB Berlin für Berlin
Christa Babel, SB Bremen für Bremen
Gisela Hopp, Kunsthist. Seminar d. Univ. Hamburg für Hamburg

Jutta Nafzger, StuUB Frankfurt/M. für Hessen
Hermann Schuster, SuUB Göttingen für Niedersachsen
Ingeborg Sobottke, UB Bochum für Nordrhein-Westfalen

Ulman Schulte, UB Mainz für Rheinland-Pfalz
Christel Geiger, UB Saarbrücken für Saarland
Horst Lüders, LB Kiel für Schleswig-Holstein
Die Mitgliederversammlung stimmte bei 6 Stimmenthaltungen diesen Wahlen zu.

Für die neuen Vorstandswahlen lag nur ein Wahlvoranschlag vor, der vom Leiter der Wahl, Herrn Götz Greiner, Hamburg bekanntgegeben wurde. Auf Antrag mußte die Vorstandswahl als geheime Wahl durchgeführt werden. Die Forderung, über jeden Kandidaten einzeln abzustimmen, wurde abgelehnt. Bei 202 abgegebenen Stimmen wurde mit 173 Stimmen gegen 10 Neinstimmen bei 19 Stimmenthaltungen als neuer Vorstand gewählt:

Ingeborg Sobottke, UB Bochum, Vorsitzende
Hans Aumüller, SB München, stellvertretender Vorsitzender
Friedegart Chr. Wittig, UB Bochum, Schriftführerin
Irmtrud Brandt, Seebergen, Kassenwartin.

Zu Kassenprüfern für die nächsten 2 Jahre bestimmte die Versammlung Frau Ingelore Hoffmann, Bremen und Frau Irene Menzel-Lomnitz, Hamburg.

Zu 5. Die Behandlung dieses Tagungsordnungspunktes wurde wegen seiner Wichtigkeit vorgezogen. Dazu lag ein Antrag der Gruppe Konstanz vor: „Die Mitgliederversammlung des VdDB wolle beschließen, den Jahresbeitrag pro Vollmitglied mit Wirkung vom 1. 1. 1973 auf DM 30,— festzusetzen“. Nach lebhafter Diskussion nahm die Versammlung diesen Antrag mit großer Mehrheit an. Ein weitergehender Vorschlag von Herrn Schultz, München, der eine Erhöhung auf DM 36,— vorsah, war zuvor mit knapper Mehrheit abgelehnt worden.

Zu 4. Die Beratung des vorliegenden Satzungsentwurfes stand unter der Leitung der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Satzungsänderung“, Frau Sobottke, Bochum.

Während zu dem im Februar den Mitgliedern übersandten Satzungsentwurf aus den Kreisen der Mitglieder kaum schriftliche Änderungsvorschläge eingegangen waren, entspann sich in der Versammlung eine lebhaft Debatt um jeden einzelnen Paragraphen. Nach fast zweistündiger Debatte und nachdem sich die Reihen der Anwesenden erheblich gelichtet hatten, wurde gegen 6 Stimmen ein Antrag angenommen, die Weiterberatung der Satzung bei § 6, 1 abzubrechen und den Entwurf an die Arbeitsgruppe Satzungsänderung zur nochmaligen Behandlung zu überweisen, um in der Mitgliederversammlung 1973 die Satzung zügig durchberaten und verabschieden zu können. Außerdem wurde der Vorstand beauftragt, soweit möglich, von Experten prüfen zu lassen, ob gegen die neuen Bestimmungen juristische Bedenken bestehen, die bei der Eintragung im Registergericht Schwierigkeiten machen könnten.

Zu 6. Infolge der fortgeschrittenen Zeit verzichtete der Vorsitzende der Kommission für Besoldungs- und Tarifrfragen auf einen detaillierten Bericht über die Beratungen und Beschlüsse der Kommission auf ihrer Sitzung am 23. 5. und sagte zu, im nächsten Rundschreiben schriftlich darüber zu berichten. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis, die folgende Resolution, die von der Kommission erarbeitet worden war, in ihrem Namen abzuschließen:

„An

1. den Bundesminister des Innern 53 Bonn 7, Postfach
2. die Tarifgemeinschaft deutscher Länder 53 Bonn, Helmholtzstraße 26
3. die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände 5 Köln 51, Lindenallee 24

Mit großer Enttäuschung haben die Mitglieder des Vereins der Diplom-Bibliothekare in ihrer Versammlung während des 62. Deutschen Bibliothekartages in Mannheim die neuerliche Verschiebung der

von den Arbeitgebern angekündigten Tarifverhandlungen für Angestellte im Bibliotheksdienst zur Kenntnis genommen.

Damit ist die seit 1966 fällige Neubewertung bibliothekarischer Tätigkeitsmerkmale auf unbestimmte Zeit verzögert worden.

Die akute Nachwuchssituation und die Fürsorgepflicht der Arbeitgeber zwingen jedoch zu einer raschen und sachgerechten Lösung der anstehenden Tarifprobleme.

Wir fordern daher dringend einen verbindlichen Termin für Tarifverhandlungen im 2. Halbjahr 1972.

Die Mitgliederversammlung
des Vereins der Diplom-Bibliothekare“

Zu 7. Im Auftrag der Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen berichtete Herr Popst, München, daß sich die Kommission zur Zeit mit einem Ausbildungsmodell für den Mittleren Dienst beschäftige. Ein Vorschlag aus der Versammlung zu diesen Beratungen die Vorsitzende des Vereins der Angehörigen des Mittleren und nicht diplomierten Bibliotheksdienstes e. V. einzuladen, fand ungeteilte Zustimmung.

Weiterhin wurde von verschiedenen Anwesenden der Wunsch geäußert, die Kommission solle wieder eine engere Zusammenarbeit mit den Ausbildungskommissionen des VDB und VBB auf der Ebene der Deutschen Bibliothekskonferenz anstreben.

Zu 8. Anträge

Der Antrag der Gruppe Konstanz: „Die einzelnen Landesverbände des VdDB erhalten zur Bestreitung ihrer Unkosten pro Landesmitglied 20% ihres Jahresbeitrages an den VdDB“ wurde nach kurzer Debatte zurückgestellt, da er nur nach Verabschiedung der neuen Satzung und der Gründung der Landesverbände relevant sei. Es soll bei der alten Regelung bleiben, daß Ausgaben, die bei den einzelnen Landes- und Ortsgruppen anfallen, aus der Vereinskasse ersetzt werden, soweit eine obere Grenze von 15% des Beitragsaufkommens dieser Gruppe nicht überschritten wird.

Ein Antrag der Gruppe Konstanz wegen der Aufnahme eines Mitglieds des VdDB in das Herausgebergremium der ZfBB, wurde ebenfalls zurückgestellt. Es soll zuerst zusammen mit dem VDB geklärt werden, welches Verhältnis überhaupt zwischen der Zeitschrift und den Vereinen besteht.

Als letztes genehmigte die Mitgliederversammlung einen Antrag des Vorstandes, mit dem der Vorstand ermächtigt wird, die Zahl der Kommissionsmitglieder den gegebenen Erfordernissen entsprechend auch über die von der MV 1969 festgesetzte Zahl hinaus zu erweitern.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsch auf ein gesundes Wiedersehen in Hamburg.

Besoldungs- und Tarifrfragen

Bericht der Kommission des VdDB über ihre Sitzung in Mannheim am 23. 5. 1972

I. Angestelltenfragen

1. Nach den Papers der Kommission für Berufsfragen des VDB wird eine besondere Arbeitsgruppe eine Stellungnahme zum BAT-Entwurf des VdDB vorlegen. Darüber hinaus ist die Kommission aus Sachgründen an Gesprächen mit der Kommission für Berufsfragen des VDB interessiert, um in erster Linie einen klaren, geschlossenen Verhandlungsrahmen für die bevorstehenden

henden Tarifverhandlungen mit dem Bundesministerium des Innern abzustecken.

2. Wegen grundsätzlicher tarifrechtlicher Erwägungen wollte der Leiter des Zentralkatalogs Baden-Württemberg, Herr Dr. Zunker, neben den Wiss. Bibliotheken auch die Institution der selbständigen regionalen Zentralkataloge mit dem bibliothekarischen Fachpersonal im BAT-Entwurf des VdDB berücksichtigt wissen. Die

Kommission hat diesen nicht unerheblichen Aspekt sowohl in den Anmerkungen als auch in den Protokollnotizen des BAT-Entwurfs festgehalten.

3. Die Kommission bittet den Vorstand des VdDB, den BAT-Entwurf umgehend an Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zur Kenntnisnahme weiterzuleiten. Gleichzeitig möchte der Vorsitzende um einen Termin zur persönlichen Aussprache bitten, um weitere Details unsererseits zu erläutern.
4. Anlässlich der Verschiebung des Tarifverhandlungstermins — Gründe und Hintergründe wurden von der Kommission nach den Erklärungen der Gewerkschaften eingehend besprochen — wurde von der Kommission eine Resolution formuliert, die der Mitgliederversammlung zur Verabschiedung vorgelegt wurde.

II. Beamtenfragen.

1. Besoldungsstruktur im Wiss. Bibliothekswesen nach Vollers.
Hier ging es um den Stand der Stellenpläne, der Stellenkegel im Vergleich von Bund und Ländern; um die Auswirkungen des seit 1. 7. 1971 geltenden Bundesbesoldungsgesetzes in den Ländern, das neue Höchstgrenzen für Beförderungstellen (§ 5, Abs. 6 BBesG) festlegt; um die neue ländervergleichende Übersicht nach Beamtenstellen an Wiss. Bibliotheken 1972, die dankenswerterweise Herr Schuster (SUB Göttingen, Länderbeirat für Niedersachsen) im Anschluß an H. Vollers (vgl. DFW, H. 2., 1972, S. 51/54) vervollständigte, auf den neuesten Stand brachte und in unserer Kommissionssitzung erläuterte und interpretierte.
2. Die Kommission empfiehlt, daß Stellenkegelverbesserungen in den Ländern nach Absprache mit der Kommission über die Länderbeiräte per Antrag bei den Länderregierungen initiiert werden sollen. Die Kommission bittet jeweils um Informationen in dieser Richtung, um möglicherweise in zweiter Instanz tätig werden zu können. Bei Formulierungshilfen steht die Kommission gerne zur Verfügung.
3. Sonderlaufbahnen für den bibliothekarischen Dienst: Bereits in den ÖTV-Beamtennachrichten Nr. 12/71, S. 109 ist diese Thematik eindeutig angesprochen worden. Im Wesen würden wir die Voraussetzungen für die Anerkennung als Sonderlaufbahn voll erfüllen. Wir müssen nun versuchen, in den Katalog der Berufsgruppen zu gelangen, die bereits vom 8. Dt. Beamtentag des DGB vorgeschlagen sind. Nach Auffassung der ÖTV gehören noch die Bibliothekare und Zollbeamten dazu. Der Bundesinnenminister hat jedoch vor dem Bundestagsinnenausschuß erklärt, daß die Frage der Einrichtung von Sonderlaufbahnen für die vom Bundesrat genannten Bereiche (Steuer-, Justiz-, techn. Verwaltung) zum Problemkreis einer Neuordnung des Laufbahn-

rechts gehöre. Die Auswirkungen der Bildungsreform und die Arbeiten der Studienkommission zur Reform des Öffentlichen Dienstrechts müssen nach Meinung des Bundesinnenministers berücksichtigt werden. Eine Neuordnung des Laufbahnrechts werde vorbereitet; es sei aber nicht möglich, die Frage der Einrichtung bestimmter Sonderlaufbahnen aus dem Gesamtkomplex herauszulösen und vorab zu entscheiden. Damit zeichnet sich offensichtlich eine Vertagung auf 1973 ab. Die Gewerkschaften werden sich damit nicht zufrieden geben. Spätestens bei der für 1. 7. 1972 angekündigten Höherstufung der Eingangssämter muß eine Klärung für die Sonderlaufbahnen erfolgen.

4. Die Kommission besprach den derzeitigen Stand der Länderanpassungsgesetze an das 1. BesVNG. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über das gegenwärtig in der parlamentarischen Beratung stehende 1. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz. Hier geht es wesentlich um die Unvereinbarkeit mit dem Gleichheitsgrundsatz z. B. bei „Amts- und Stellenzulagen, die zur Heraushebung höherwertiger Ämter gewährt werden, sowie ruhegehaltstfähige Zulagen, deren Einbau in das Grundgehalt nach der Entschließung des Dt. Bundestages vom 3. 3. 1971 beabsichtigt ist, von der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge auszunehmen“. (Der Dt. Beamte 3, 1972, S. 42) Der Innenausschuß des Bundesrates (Drucksache 40/1/72) hatte bereits eine entsprechende Prüfungsempfehlung ausgesprochen, der jedoch vom Finanzausschuß des Bundesrates mit dem Hinweis widersprochen wurde, den bevorstehenden Abschluß der Harmonisierung der Zulagen in Bund und Ländern abzuwarten.
5. Zum Thema Besoldungsrückstand wurde eingehend auf das seit 1970 laufende Gutachten hingewiesen, das von der „Dt. Revisions- und Treuhand-AG.“ in Frankfurt/M. im Auftrag des Dt. Bundestages erstattet werden soll. Die Fristverlängerung für dieses Gutachten war für den 15. 12. 1971 festgesetzt worden. Inzwischen wurde das Gutachten veröffentlicht und kommentiert (vgl. Spiegel, Nr. 22/72, S. 46/49). Der Tenor des Gutachtens: „Standesgemäßes Leben“, Deutschlands Beamten jammern zu Unrecht!

III. Nach Frankfurt/M. (19. 2. 1972) konnten wir in Mannheim eine zweite gemeinsame Sitzung mit der Kommission der Ausbildungsfragen des VdDB durchführen. Im Vordergrund der Besprechung standen Ausbildungsfragen des Mittleren Bibliotheksdienstes bzw. des Bibliotheksassistentendienstes im Zusammenhang mit laufbahn- und tarifrechtlichen Problemen. Die Kommission für Besoldungs- und Tariffragen hat diese tarifpolitischen Aspekte bereits grundsätzlich in dem BAT-Entwurf berücksichtigt.

Die nächste gemeinsame Sitzung beider Kommissionen wird voraussichtlich am 29./30. 9. 1972 in München stattfinden.

S. Mursch

Aus den Landesgruppen

Bayern

In München und Erlangen fanden im Juni Fortbildungsveranstaltungen statt, die vor allem dem Bibliothekartag und den dort behandelten Themen galten.

Auf Initiative des Bayerischen Beiratsmitglieds Schultz lud die Direktion der Bayer. Staatsbibliothek für den 14. 6. in den Hörsaal der Bayerischen Bibliotheksschule ein. Außer zahlreichen Angehörigen der BSB, auch des

Höheren und des Mittleren Dienstes, waren Kollegen aus anderen Münchener Bibliotheken erschienen. Zunächst sprach Dr. F. Junginger über die in Mannheim gehaltenen betriebswirtschaftlichen Vorträge von Kortzfleisch und Drozd, anschließend berichtete Schultz allgemein über den Bibliothekartag, insbesondere über die Mitgliederversammlung des VdDB, und referierte dann über den Diskussionsentwurf zum Bibliotheksplan II sowie über das Literaturversorgungskonzept der DFG. Als dritter Referent sprach Herr Popst (Bayer. Staatsbibliothek) über Entwicklung und gegenwärtigen Stand der Ausbildungsdiskussion. Das Verständnis der Vorträge von Dr. Junginger und Popst wurde durch schriftliche Zusammenfassung, bzw. Literaturverzeichnis unterstützt. Wegen der Intensität der Vorträge wie auch wegen der fortgeschrittenen Zeit wollte sich eine Diskussion nicht mehr anschließen, eine Erfahrung, die bei der Planung künftiger derartiger Veranstaltungen wird bedacht werden müssen.

In Erlangen sprach Schultz am 22. 6. vor Angehörigen des Gehobenen Dienstes, von denen einige auch aus Bamberg und Nürnberg gekommen waren; er referierte, ähnlich der Münchener Fortbildungsveranstaltung, über den Bibliothekartag. Ein lebhaftes Gespräch schloß sich an, in dem der Nervenzentrum Berufliche Information und Fortbildung im Vordergrund stand. Einen Teil sollte der VdDB selbst dazu beitragen, indem er grundsätzlich auch die Angehörigen des Mittleren und des Höheren Dienstes zu den Fortbildungsvorträgen und -diskussionen einlädt, die er veranstaltet, und von denen die nächste in Regensburg stattfinden soll.

K. S.

Schleswig-Holstein

Die Landesgruppen des VDB und des VdDB in Schleswig-Holstein hatten zu einer gemeinsamen Versammlung der Mitglieder und interessierten Gäste in die UB eingeladen. Auf der Tagesordnung standen der Bericht über den Bibliothekartag und ein Bericht des VdDB-Beirats für Schleswig-Holstein über eine Studienreise nach Norwegen.

Leider war es den Kollegen aus den anderen Städten des Landes nicht möglich, zu diesem Vortragsabend zu kommen, aber auch die Kieler waren nicht allzu zahlreich erschienen. Etwa 30 Anwesende waren für eine gemeinsame Veranstaltung ein recht mageres Ergebnis, das von nicht sonderlich großem Interesse an den beruflichen Fragen zeigt.

Da die sehr instruktiven Berichte über Mannheim (gegeben von Frau Konertz, Herrn Lüders, Herrn Dr. Neumann, Herrn Dr. Rothert, Herrn Dr. Schlieter, Herrn Prof. Schmidt-Künsemüller und Frau Wölk) etwa 2 1/2 Stunden in Anspruch nahmen, vertagte man den Norwegenbericht um 1 Woche.

Zu diesem 2. Vortragsabend waren zwar noch weniger Kolleginnen und Kollegen erschienen. Sie hatten aber offensichtlich ein echtes Interesse an dem Thema. H. Lüders hat in der Zeit vom 19. 4.—4. 5. 1972 als Vertreter des VdDB (gemeinsam mit der Kollegin Frau Saucke, Berlin, als Vertreterin der Arb.-Gem. der Spezialbibliotheken) eine bibliothekarische Studienreise nach Norwegen im Rahmen des norwegisch-deutschen Kulturaustausches und mit Vermittlung der bibliothekarischen Auslandsstelle unternommen. Er berichtete in einem 2-stündigen Lichtbildervortrag über seine Reiseeindrücke, über die Situation des norwegischen Bibliothekswesens und über die besuchten 14 Bibliotheken in Oslo (UB, Fakultätsbibliotheken in Blindern, Nobel-Institut u. a.), Trondheim (TH, Norsk Vidensk. Selsk. Bibl.), Bergen (UB), Haugesund und Stavanger (Folke-Bibl.), wobei er die herzliche Gastfreundschaft der Kollegen in diesem schönen Land hervorhob, für die auch an dieser Stelle noch einmal offiziell gedankt sein soll.

Die Reise durch Norwegen war vorbildlich durch das Udenriksdepartement, vertreten durch Frau Reg.-Rätin Elazemouri, organisiert und vermittelte nicht nur wertvolle berufliche Anregungen, sondern auch viele unvergeßliche persönliche Eindrücke. Derartige gegenseitige Besuche sollten in größerem Umfang und mit mehr Ländern angestrebt werden. Dabei würden sich vielleicht etwas größere Reisegruppen von 3 bis 5 Personen empfehlen.

H. L.

Baden-Württemberg

Die Freiburger Diplombibliothekare haben am 18. Mai 1972 Stellung genommen zu dem Bericht der „Kommission zur Prüfung einer zweistufigen Ausbildung für den Gehobenen Dienst an Wissenschaftlichen Bibliotheken im Rahmen einer verwaltungsinternen Fachhochschule“. Sie haben sich auf einen Gegenvorschlag geeinigt, der 59 Unterschriften trägt; davon sind 42 Diplombibliothekare und 17 Anwärter.

M. Keller

Personalnachrichten

Veränderungen

Boll, Gudrun, UB Bochum, jetzt Gudrun Holzmann
Burose, Johanna, bisher TUB Berlin, jetzt Johanna Wulf, SuUB Hamburg
Claren, Marianne, UB Regensburg, jetzt Marianne Breitenbruch
Forster, Wiltrud, UB Regensburg, jetzt Wiltrud Maihoff
Frisch, Heidemarie, SB München, jetzt Heidemarie Fritz
Heinrich, Sybille, bisher UB Göttingen, jetzt Sybille Weitkamp, B. d. Anorgan.-chem. Inst. d. Univ. Göttingen
Kunath, Ursula, SB Berlin, jetzt Ursula Langner

Mönch, Dorothea, bisher SB Marburg, jetzt B. d. Gesamthochschule Kassel
Morgenstern, Heide, bisher SB Bremen, jetzt B. d. Erziehungswiss. Hochschule Worms
Mülot, Günter, bisher UB Mainz, jetzt DB Frankfurt/M.
Neumann, Ingrid, SB Berlin, jetzt Ingrid Kamps
Plessen, Gisela von, bisher ZK Nordrhein-Westfalen, Köln, jetzt Gisela Buder, Gesamtkatalog Berlin
Richter, Marianne, bisher TUB Hannover, jetzt B. d. Fachhochschule Bielefeld
Richter, Renate, bisher TUB Clausthal, jetzt Renate Bendezhadeh, TIB Hannover
Rost, Sabine, Berlin, jetzt Sabine Klemmt

Schmidt, Dorothee, bisher UB Erlangen, jetzt B. d. Fak. f. Wirtschafts- und Sozialwiss., Nürnberg
Schwoerer, Irmelin, UB München, jetzt Irmelin Heinrich
Starosky, Renate, bisher TUB Clausthal, jetzt Renate Rackebrandt, UB Bochum
Vogelsang, Konrad, bisher Remington Rand UNIVAC Frankfurt/M., jetzt B. d. Dt. Ges. f. Arbeitsschutz, Frankfurt/M.
Wolter, Rainer, bisher Betriebswirtschaftl. Seminarb. Saarbrücken, jetzt UB Konstanz

Nachruf

Wir betrauern den Tod unserer in den letzten Monaten verstorbenen Mitglieder:
Dorothea Andresen, Kiel, verstorben am 12. 4. 1972
Helga Möhring, Karlsruhe, verstorben Mai 1972
Walter Bonnke, Berlin, verstorben am 29. 5. 1972

Neue Mitglieder im VDB

Es wurden einstimmig in den Verein aufgenommen:
Dr. Eckehard Arnold, Dr. Ingo Beck, Dr. Sabine Beck, Dr. Melitta von Beckerath, Fr. Irene Anette Bergs, Gunter Bock, Dr. Elisabeth Caesar, Dr. Siegfried Dan-

gelmayr, Dr. Christine Dierks, Dr. Peter Düsterdieck, Dr. Klaus Engler, Dr. Irmgard Fischer, Dr. Jörg Fligge, Klaus Franken, Frieder Geißelmann, Dr. Helmut Härtel, Dr. Klaus Haller, Johannes Helf, Dr. Barbara Hörich, P. Theodor Hogg, Knut Jäger, Dr. Wolfgang Junckel, Günther Jung, Dr. Dieter Karasek, Rolf Keppeler, Dr. Tibor Kesztyüs, Gerhard Kissel, Dr. Ursula Klima, Franz Krüger, Karl-Heinz Lemke, Klaus Lindner, Hans Ulrich Mehner, Dr. Hans Christian Müller, Ulrich Nahme, Dr. Ingo Nöther, Dr. Irmgard Ooms, Dr. Jürgen Prohl, Dr. Joachim Rechtmann, Dr. Klaus Reinhardt, Wolfgang Rhodius, Dr. Johannes Rogalle von Bieberstein, Dr. Dietrich Roth, Ahmed Saleh, Dr. Jürgen Scheele, Peter Schleifenbaum, Dr. Wolfgang Schmieschek, Kalman Sipöcz, Kurt-Hans Staub, Fritz Hartum Teßmer, Dr. Hins-Ulrich Theuerkauf, Dr. Hans Thurn, Fr. Erika Uhde, Dr. Welfhart Unte, Helmut Voigt, Fr. Gertrud Weindt, Dr. Andreas Wild, Uwe Wirries, Dr. Dieter Wolf, Dr. Hans Wolff.

Fr. Dr. Berta Backe-Dietrich, Diplom-Kaufmann Wolfgang Scherwath und Fr. Dr. I. G. R. Stange wurden einstimmig unter der Bedingung aufgenommen, daß die durch eine Rückfrage zu klärenden Aufnahmevoraussetzungen vorliegen.

Stellenangebote

Höherer Dienst

Internat. Arbeitsamt Genf; Stelle eines Bibliothekars im Hauptamt. Benötigte Qualifikation: Universitätsabschluß auf einem der Gebiete der Sozialwissenschaften; Prüfung für den Höheren Wissenschaftlichen Dienst an Bibliotheken; wenigstens drei Jahre Berufserfahrung im Bibliotheksdienst; voll ausreichende Sprachkenntnisse in Englisch und gute Französischkenntnisse. Bewerbung an: Internationales Arbeitsamt, Zweigamt Bonn, 53 Bonn-Bad Godesberg, Hohenzollernstr. 21

Gehobener Dienst

Bibliothek der Pädagogischen Hochschule Rheinland, 5 Köln 1, Postfach 270372; Abt. Aachen: 1 x A9/10; 1 x IVb/Vb; Abt. Bonn: 2 x A9/10; Abt. Neuss: 1 x A 12; 1 x A11; Abt. Wuppertal: 1 x A9/10.

Bibliothek der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Göttingen, 34 Göttingen, Waldweg 26; 1 Angestelltenstelle BAT Vb/IVb (Titelaufnahme, Schlagwortkatalogisierung).

Fachhochschule, 58 Hagen, Haldenerstr. 182; 1 Beamten- oder Angestelltenstelle (Titelaufnahme und Sachkatalogisierung).

Bibliothek des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21; 1 Beamtenstelle A10/A11 (Benutzungsdienst).

Bibliothek des Bundesverfassungsgerichts, 75 Karlsruhe 1, Schloßbezirk 3; 1 Beamtenstelle A9/A10 + Stellenzulage (Titelaufnahme).

Universitäts- und Stadtbibliothek, 5 Köln 41, Universitätsstraße 33; mehrere Beamtenstellen (A9/A10).

Bibliothèque cantonale et universitaire, CH-1005 Lausanne, Palais de Rumine, Place de la Riponne 6; 2-3 Angestelltenstellen.

Universitätsbibliothek, 68 Mannheim 1, Postfach 2428; mehrere Beamten- und Angestelltenstellen.

Institut für Altertumskunde der Universität, 44 Münster, Domplatz 20—22; 1 Angestelltenstelle BAT Vb (Bewährungsaufstieg möglich).

Beitragszahlungen beim VdDB

Bei der Übernahme der Kassengeschäfte am 27. Juli stellte sich heraus, daß fast 400 Mitglieder den Jahresbeitrag für 1972 noch nicht bezahlt haben. An diese Kolleginnen und Kollegen ergeht deshalb durch die

beiliegende Zahlkarte nochmals die herzliche Bitte um Überweisung. Sollte der Beitrag nach dem 25. 7. einbezahlt worden sein, ist die Erinnerung hinfällig.

Bochum und Regensburg, im August 1972